



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > [Presse](#) > **Pressemitteilungen**

Pressemitteilungen

Straßenbauförderung: 2,6 Millionen Euro für Stadt Herrieden und die Gemeinde Burgoberbach

9. Oktober 2025

- **Radfahrer müssen nicht mehr auf Staatsstraße fahren**
- **Lücke im Radwegenetz wird geschlossen**
- **Verkehrsminister Bernreiter: „Wichtiger Beitrag für mehr Verkehrssicherheit“**

Die Stadt Herrieden und die Gemeinde Burgoberbach im Landkreis Ansbach investieren 3,12 Millionen Euro in die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und erhalten hierfür finanzielle Unterstützung vom Freistaat Bayern. Dazu Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter: „Mit dem neuen Weg entlang der Staatsstraße 2249 zwischen Rauenzell und Burgoberbach sind Fußgänger und Radfahrer künftig deutlich sicherer unterwegs. Außerdem wird eine Lücke im Radwegenetz geschlossen. Deshalb unterstützen wir hier gerne und nehmen dafür 2,6 Millionen Euro in die Hand.“

Derzeit dient die Staatsstraße St 2249 von Rauenzell bis nach Burgoberbach als Radwegverbindung zwischen den Hauptorten Herrieden und Burgoberbach. Die hohe Verkehrsbelastung, die geringe Fahrbahnbreite, die bestehenden Steigungen und der teils unübersichtliche Trassenverlauf stellen eine potenzielle Gefährdung für den Radverkehr dar. Um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer zu verbessern, wird der Geh- und Radverkehr künftig von der Staatsstraße getrennt.

Mit der Maßnahme wird auf einer Länge von rund 3,6 Kilometern entlang der Staatsstraße ein Geh- und Radweg mit einer Breite von 2,50 Metern und einem beidseitigen Bankett von 0,50 Metern gebaut. Außerdem wird ein etwa 22 Meter langer sogenannter Wellstahldurchlass, der zur Unterquerung der Staatsstraße dient, gebaut. Und: An zwei Knotenpunkten werden Querungshilfen errichtet. Die Arbeiten haben bereits begonnen.

Der Freistaat Bayern unterstützt Stadt und Gemeinde im Rahmen einer Förderung nach dem Bayerischen Finanzausgleichsgesetz (Art. 13f BayFAG) mit insgesamt 2,6 Millionen Euro.

Insgesamt erhalten Landkreise, Städte und Gemeinden in Bayern vom Freistaat jährlich rund 250 Millionen Euro für Projekte zur Verbesserung ihrer Straßennetze. Dazu gehören neben der Verstärkung von Fahrbahnen und Brücken beispielsweise auch der Radwegebau, der verkehrssichere Umbau von Kreuzungen oder der Bau von Busspuren.

